

<b>Protokoll:</b>	<b>Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	6
		<b>TOP:</b>	5
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	1440/2017
		<b>GZ:</b>	SI
<b>Sitzungstermin:</b>	22.01.2018		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Wölfle		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Krasovskij / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Projekt "Nachbarschaften des Willkommens - Bedin- gungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren" - Beschäftigung von Personal</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 20.12.2017, GRDRs 1440/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Teilnahme an dem Forschungsprojekt "Nachbarschaften des Willkommens - Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren" wird zugestimmt.
2. Das Sozialamt wird ermächtigt, eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter in Entgeltgruppe 13 TVöD zur wissenschaftlichen Mitarbeit, befristet vom 01.01.2018 bis zum 31.12.2020, ohne Blockierung von Planstellen, im Umfang von 5 % einer Vollzeitkraft zu beschäftigen.
3. Die Personalkosten von rd. 4.100 EUR/Jahr sind durch Zuwendungen für das Forschungsprojekt von der Humboldt-Universität zu Berlin in Höhe von bis zu je 5.000 EUR in den Jahren 2018 und 2019 und bis zu 12.722 EUR im Jahr 2020 gedeckt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Bezugnehmend auf die Vorlage möchte StRin Gröger (SPD) wissen, weshalb in Stuttgart-Untertürkheim das städtische Sozialamt als Projektpartner für das Forschungsprojekt ausgewählt worden sei, während in den anderen Städten/Quartieren in Berlin, Dresden und Hamburg jeweils lokale, vor Ort aktive Vereine und keine städtischen Institutionen zu Projektpartnern bestimmt worden sind. Die Stadträtin meint, auch in Untertürkheim gebe es Einrichtungen und Vereine, die sich intensiv für die Integration von Flüchtlingen und das gesellschaftliche Miteinander im Stadtteil engagieren würden. BM Wölfle schlägt vor, dass diese Frage aus zeitlichen Gründen nach der Sitzung schriftlich oder mündlich durch Frau Reichhardt (SozA) beantwortet werden soll.

Anschließend stellt der Vorsitzende fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Sozialamt (5)  
SI-IP  
weg. VA, GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. BezA Untertürkheim
  5. GPR (2)
  6. Rechnungsprüfungsamt
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN